

Datum: 12.11.2018 **Mediengattung:** Print
Seite: 16 **Ressort:** Wirtschaft
Auflage: 263.904 **Land:** Deutschland



Europplatz Frankfurt

Deutschland auf Wachstumskurs halten

Von Michael Heise

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland kann nach wie vor als sehr gut bezeichnet werden. Die lange Aufwärtsentwicklung, die nach der Finanzkrise einsetzte und für einige Jahre recht verhalten blieb, hat sich seit Anfang 2016 beschleunigt und die Beschäftigung auf ein Rekordniveau von zuletzt rund 45 Millionen Erwerbstätigen ansteigen lassen. Die Arbeitslosigkeit ist weit unter dem Niveau in anderen Ländern und der öffentliche Haushalt trotz kräftig steigender Ausgaben deutlich im Plus. Profitiert hat Deutschland in den letzten Jahren von einer Beschleunigung der Weltkonjunktur. Hinzu kam eine starke Zuwanderung von Erwerbstätigen aus der EU, die das Arbeitsangebot erweiterte. Die hohe Zuwanderung von Asylsuchenden hat über steigende Staatsausgaben zu zusätzlicher Nachfrage geführt. Aber wie wird es weitergehen?

Das weltwirtschaftliche Wachstum verliert derzeit deutlich an Kraft, und auch der Zustrom von Arbeitskräften ebbt ab. Es ist daher kein Wunder, dass die Prognosen für die Jahre 2018 und 2019 deutlich nach unten korrigiert werden. Werte von 1,6 Prozent in diesem und 1,5 Prozent im nächsten Jahr wären sicher noch günstige Entwicklungen. Eine Verschärfung des Handelsstreits oder lähmende Konflikte um den Austritt Großbritanniens und den italienischen Haushalt könnten das Wachstum noch tiefer drücken.

Um die Wirtschaft in dem schwieriger werdenden Umfeld weiter auf Wachstumskurs zu halten, bedarf es wirtschaftspolitischer Reformen. Der Sachverständigenrat hat in seinem jüngsten Gutachten zahlreiche Reformfelder analysiert. Vor allem in der Steuerpolitik gibt es eine lange Liste an Hausaufgaben: eine vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, der längst nicht mehr für die Transfers an die östlichen Bundesländer verwendet wird, eine Entlastung bei Unternehmensteuern, um

den Standort Deutschland nicht gegenüber anderen Ländern zurückfallen zu lassen, eine Senkung der Steuerbelastung für untere und mittlere Einkommen, die im internationalen Vergleich in Deutschland ausgesprochen hoch ist, und schließlich eine Reform der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer, die in Zeiten rasant steigender Immobilienpreise den Erwerb von Wohneigentum besonders erschweren.

Finanzieller Handlungsspielraum ist vorhanden. Der Haushaltsüberschuss der öffentlichen Hand liegt im Jahre 2018 schätzungsweise bei etwas mehr als 50 Milliarden Euro oder 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Daher müssten Zukunftsinvestitionen keinesfalls unter Steuersenkungen leiden, wie das im politischen Raum oft reflexhaft eingewendet wird. Angesichts des kräftigen Anstiegs der staatlichen Gesamtausgaben – seit 2010 haben sie sich um 265 Milliarden Euro erhöht (gegenüber knapp 21 Milliarden Euro bei Investitionen) – erscheint dieser Einwand ohnehin recht vorgeschoben. Das Hauptproblem ist wohl, dass Steuersenkungen im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen sind. Angesichts deutlich verminderter Wachstumsaussichten sollten sich die Koalitionäre aber nicht von nötigen Reformen abhalten lassen. Eine Steuerpolitik, die die Nettoeinkommen der privaten Haushalte erhöht und den Investitionsstandort Deutschland attraktiver macht, wird das Wachstum über höhere private Konsum- und Investitionsausgaben stärken. Was für Deutschland gut ist, hilft auch unseren europäischen Partnern, die sich stärkere Impulse aus Deutschland dringend wünschen.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Allianz.

